

INI-1

Titel	100 Milliarden – nicht mit uns!
Antragsteller*innen	Landesvorstand Jusos Bayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD- Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

100 Milliarden – nicht mit uns!

- 1 Adressat*innen: SPD-Landesgruppe Bayern, Jusos Bundeskongress, Bayern SPD, Landtagsfraktion Bayern
2 SPD
3
- 4 **Einleitung**
- 5 Vor drei Monaten verkündete der Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitwende im Bundestag. Die russische
6 Invasion in der Ukraine war der Anlass, die deutsche Verteidigungs- und Militärpolitik in einer Regierungsbe-
7 gründung neu aufzustellen. Zur Überraschung vieler, nicht nur für Scholz' Regierungskolleg*innen.
- 8 Das Ampel-Kabinettt legte am 14. April einen Haushaltsentwurf vor, der im Artikel 87a des Grundgesetzes fol-
9 genden Absatz einfügen möchte:
- 10 *„Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen mit eigener Krediter-*
11 *mächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten. Auf die Kreditermächtigung sind Artikel 109*
12 *Absatz 3 und Artikel 115 Absatz 2 nicht anzuwenden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“*
- 13 Ein einmaliges Sondervermögen für die Bundeswehr soll mit einer Zweidrittelmehrheit durch den Bundestag
14 an der Schuldenbremse vorbei in das Grundgesetz geschrieben werden. Eine einmalige Ausgabe mit Verfas-
15 sungsrang – eine Neuheit im politischen System Deutschlands.
- 16 Eine Neuheit, die wir auf das entschiedenste ablehnen!
- 17 **Die NATO ist bereits hochgerüstet**
- 18 Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht die erste völkerrechtswidrige Handlung Russlands. Nach der
19 Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim beschloss die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Wales 2014 ein An-
20 halten der sinkenden Rüstungsausgaben in den Staaten des Nordatlantikbündnisses. Das Zwei-Prozent-Ziel
21 wurde erneuert mit der Zielsetzung, bis 2024 in alle Staaten des Nordatlantikpaktes mindestens zwei Prozent
22 des Bruttoinlandsproduktes für militärische Zwecke bereitzustellen.
- 23 Seit diesem Beschluss steigen die Militärausgaben in Deutschland stetig an. Im Jahr 2014 wurden 44,7 Milli-
24 arden Euro verbucht, 1,53% des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands im selben Jahr. Vorheriges Jahr wurden
25 bereits 56 Milliarden Euro verbucht, 1,57% des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Eine Erfüllung des 2%-
26 Zieles im Jahr 2021 hätten Mehrausgaben in Höhe von 15,41 Milliarden Euro erfordert, um den Verteidigungs-
27 haushalt auf 71,41 Milliarden zu erhöhen. Deutschland hat also bisher keine Tendenzen gezeigt, dass 2%-Ziel
28 ab dem Jahr 2024 einhalten zu können. Die angekündigten Investitionen würden dazu führen, dass dieses Ziel
29 sogar noch übertroffen wird.
- 30 Diese Rechnung zeigt ebenfalls die Absurdität des 2%-Zieles der NATO. Mit jedem Jahr, in dem es Wirtschafts-
31 wachstum gibt, müssen die Militärausgaben ebenfalls ohne Bedarfsprüfung erhöht werden. Seit 1991 gab es

32 lediglich zwei Jahre, in denen das BIP gesunken ist: 2009 und 2020. Alle anderen Jahre hätten es erfordert,
33 mehr Geld in die Bundeswehr zu investieren – unabhängig von der Sicherheitslage und Ausstattung.

34 Die NATO ist bereits heute das mächtigste Militärbündnis der Welt. Das Vereinigte Königreich hat im Jahr 2021
35 allein höhere Militärausgaben als Russland gehabt, die NATO verfügt zusammen über mehr Kernwaffen als
36 die Russische Föderation. Auch vor den neuen Aufrüstungen war klar: der NATO ist keine militärische Macht
37 auf der Welt gewachsen.

38 Aus dieser Situation ziehen wir folgende Schlüsse:

- 39 • Das 2%-Ziel der NATO soll weiterhin nicht eingehalten , sondern viel mehr abgeschafft werden,
- 40 • Verteidigungsausgaben müssen bedarfsgerecht ermittelt werden, wobei der Bedarf lediglich die Lan-
41 desverteidigung und einen Schwerpunkt auf humanitäre Unterstützung setzt, die Einhaltung von Bünd-
42 nisverpflichtungen (wie diese aussehen könnten wird im Solidarprojekt Ukraine definiert)
- 43 • Wir unterstützen keinerlei Grundgesetzänderungen, die ein 100-Milliarden-Sondervermögen oder an-
44 derweitige Festschreibungen von Militärausgaben umfassen sollen.

45 Wir fordern die Bayrischen SPD Bundestagsabgeordneten, insbesondere diejenigen im Jusos-Alter auf, das
46 Sondervermögen abzulehnen.

47 **Wer profitiert vom Krieg?**

48 Die kurze Antwort lautet: niemand, für den wir einstehen wollen. Krieg verwirklicht die Visionen nationalis-
49 tischer, völkischer und autoritärer Kräfte. Krieg hilft einigen wenigen Superreichen und denen, die Waffen
50 und Rüstung für Profit herstellen. Innerhalb von zwei Wochen nach Kriegsbeginn sind die Aktienkurse von
51 Rheinmetall stark angestiegen – bevor es konkrete Zusagen gab, profitierten bereits die Investor*innen der
52 deutschen Rüstungskonzerne vom Krieg in der Ukraine.

53 Wir jedoch wollen uns solidarisch mit denjenigen zeigen, die gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
54 Widerstand leisten. Das gelingt nicht mit einem blinden Hochschrauben der Rüstungsausgaben in Deutsch-
55 land, sondern mit einem entschlossenen Reagieren durch die westlichen Bündnisse und einer Prävention zu-
56 künftiger Invasionen Russlands.

57 Wir erneuern daher unsere Forderung mit Nachdruck:

- 58 • Die Verstaatlichung aller Rüstungsindustrie muss erfolgen.
- 59 • Rüstungskonzerne sind vom Aktienmarkt zu nehmen.
- 60 • Herstellung, Auslieferung und den Export von Rüstungen muss strenger parlamentarischer Kontrolle
61 und absoluter Transparenz unterliegen.
- 62 • Mit Waffen darf kein Profit gemacht werden!

63 **Die Bundeswehr ist dysfunktional**

64 Die Union hat im letzten Jahrzehnt das Verteidigungsministerium zur Bewährungsprobe für Mächtegern-
65 Kanzler*innen umgebaut. Die Misswirtschaft der Bundeswehr wird durch ein Beschaffungswesen verdeutlicht:
66 Waffensysteme ohne Ersatzteile, zu wenig Munition, Geräte, die lediglich in Deutschland funktionieren und
67 das Annehmen von defektem Gerät von Hersteller*innen ohne Bedenken. Teure Kasernen und Immobilien
68 reihen sich ein in komplizierte, bürokratische Vorgänge, unklare Zuständigkeiten sowie niemandem, die*der
69 Verantwortung für begangene Fehler übernehmen möchte. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Mili-
70 tärns zeigt sich die Ineffizienz der Bundeswehr. Am Beispiel Frankreich wird deutlich: Deutschland gibt in mehr
71 Geld im Jahr für sein Militär aus als Frankreich, jedoch unterhält Frankreich mit weniger Mitteln komplexere
72 Waffensysteme und führt mehr militärische Interventionen im Ausland durch als Deutschland. Die französi-
73 sche Militär- und Außenpolitik ist *keineswegs* ein Vorbild für einen sozialistischen Verband. Der Vergleich der
74 Ausgaben beider Militärs zeigt jedoch, wie ineffizient die Bundeswehr wirtschaftet. Jeder Euro mehr, der in
75 Deutschland für den Verteidigungshaushalt verbucht wird, bevor es zu tiefgreifenden Umstrukturierungen
76 gekommen ist, führt vor allem zu unverhältnismäßiger Geldverschwendung.

77 Hinzu kommt, dass der Bundeswehretat seit 2015 stetig ansteigt. Das legt offen: sieben Jahre mehr Geld für die
78 Bundeswehr haben keine Trendwende bei den Skandalen der Bundeswehr gebracht. Auch muss hervorgeho-

79 ben werden, dass das Sondervermögen der 100 Milliarden Euro an *keinen* Wirtschaftsplan gebunden ist. Essen-
80 tielle Fragen bleiben damit unbeachtet: Welche Kosten fallen an? Wofür soll das Geld in den nächsten Jahren
81 ausgegeben werden? Braucht es 100 Milliarden, oder würden bei einer besseren Organisation auch geringere
82 Beträge zum selben Ziel führen? Angesichts der gigantischen Investition ist es unverantwortlich, als Bundesre-
83 gierung die Frage nach dem „wofür“ gänzlich offen zu lassen. Sehenden Auges wird auf eine Versenkung von
84 Milliardenkrediten in ein schwarzes Loch hingearbeitet. Das können wir nicht mitverantworten.

85 Zu allem Überfluss haben Unions- und AfD-Politiker*innen nun eine Debatte um die Wiedereinsetzung der
86 Wehrpflicht gestartet. Das Verpflichten junger Menschen an der Waffe bringt weder der Ukraine noch Deutsch-
87 land, mehr Sicherheit. Es steht im direkten Widerspruch zu unseren sozialistischen, antimilitaristischen Wer-
88 ten.

89 In der Debatte fallen zudem die neo-nazistischen Vernetzungen innerhalb der Bundeswehr oft hinten runter.
90 Seit Bestehen der westdeutschen Streitkraft war sie zu Beginn Zufluchtsort für Alt-Nationalsozialisten und
91 heute ein sicherer Ort für die neue Rechte. Die Bundeswehr muss frei von neo-nazistischer Ideologie sein,
92 rechte Netzwerke müssen zerschlagen werden – oder die Armee selbst ist eine Gefahr für die Sicherheit im
93 Land.

94 Daher fordern wir:

- 95 • Ein Einstellen der Verschwendung von Milliarden staatlicher Mittel durch die Bundeswehr durch,
 - 96 – Einstellung der in Teilen rechtswidrigen und überteuerten Berater*innen-Praxis, etabliert durch
 - 97 die heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen,
 - 98 – eine umfassende Überprüfung des Beschaffungswesens, der Immobilienwirtschaft und der Per-
 - 99 sonalpolitik der Bundeswehr.
- 100 • Umfassende Transparenz bei den Wehrausgaben und eine Aufklärung der verschwenderischen Politik
- 101 durch die Unionsminister*innen durch parlamentarische und externe Kontrolle,
- 102 • Eine endgültige Abschaffung der Wehrpflicht,
- 103 • Eine entschlossene Kampagne gegen neo-nazistische Strukturen und Netzwerke innerhalb der Bun-
- 104 deswehr.

105 **Wofür wir das Geld tatsächlich brauchen**

106 Für uns Jusos war schon immer klar: die Schuldenbremse muss fallen! Aber doch nicht so, nicht außerhalb
107 der Kontrolle des Parlamentes, der Demokratie. Die Aufnahme einer einzelnen Ausnahme für überdimen-
108 sionierte Militärausgaben schürt zukünftige Konflikte mit Ausgaben in anderen, wichtigen Handlungsfeldern.
109 Die Sparpolitik der letzten Jahrzehnte hat zu einem enormen Investitionsstau in praktisch allen Gebieten ge-
110 führt. Wir möchten den Fall der Schuldenbremse zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Einleitung des sozio-
111 ökologischen Umbaus unserer Gesellschaften und zur Schaffung internationaler Solidarität auf Grundlage von
112 Kooperation und globalem Ausgleich von Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Wir möchten nicht länger
113 Handlungsfelder gegeneinander ausspielen, sondern die oberste Maxime der Geldpolitik in die Tat umsetzen:
114 „Alles, was wir tatsächlich tun können, können wir uns leisten“.

115 Wir fordern daher, folgendes umsetzen:

- 116 • Das Ende der Schuldenbremse,
- 117 • Enorme Investitionen in den Kampf gegen den Klimawandel, damit sichergestellt wird, dass auch uns
- 118 nachfolgende Generationen auf dem Planeten Erde leben können,
- 119 • Eine Ertüchtigung des Gesundheitswesens, insbesondere mit Blick auf die Folgen der Covid19-
- 120 Pandemie,
- 121 • Massenhafte Investitionen in das Bildungswesen,
- 122 • Modernisierung aller öffentlicher Infrastruktur, insbesondere zur Digitalisierung in allen Staats- und
- 123 Gesellschaftsbereichen, des öffentlichen Nahverkehrs, öffentlicher Räume und Bauwerke,
- 124 • Der Bekämpfung von Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Notlagen,

- 125 • Und vielen weiteren bisher vernachlässigten Handlungsfeldern.

126 **Solidarität mit der Ukraine – nicht mit der Rüstungsindustrie**

127 „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ ist heute so falsch, wie es damals war. In diesem Antrag machen
128 wir klar, dass wir die Investition von 100 Milliarden in die Bundeswehr für falsch erachten. Der Auftrag der Bun-
129 deswehr ist die Verteidigung und humanitäre Hilfe – das steht im Kontrast zur Entwicklung der NATO seit den
130 1990er Jahren. Doch diese Entwicklungen stehen auch den Invasionen Russlands in Tschetschenien, Moldawi-
131 en, Georgien und zuletzt in die Ukraine. Sie stehen ebenfalls dem Bedürfnis vieler europäischer Gesellschaften
132 entgegen, sich zum Schutz vor weiteren Aggressionen durch Russland der NATO anzuschließen.

133 Wir erneuern unsere Solidaritätserklärung an diejenigen, die in diesen Tagen in der Ukraine Widerstand gegen
134 Krieg, Gewalt und Kriegsverbrechen leisten. Wir müssen jedoch auch anerkennen, dass wir heute nicht die
135 Antworten auf Putins Angriffskrieg haben, die wir gerne geben wollen.

136 Um die Wichtigkeit der Solidarität mit von Krieg und Verfolgung betroffenen zu unterstreichen, sowie zur Neu-
137 bewertung unserer internationalen Solidaritätspolitik setzen wir daher mit unserem Arbeitsprogramm das
138 **„Solidaritätsprojekt Ukraine“** ein, das von der Themenwerkstatt Internationales organisiert werden soll und
139 sich unter anderem folgender Fragen widmen soll:

- 140 • Die Frage nach Waffenexporten, insbesondere in Krisengebiete,
141 • Rolle der Bundeswehr in der Welt,
142 • Militärische Bündnisfragen,
143 • Demokratische Kontrolle & Transparenz in der Bundeswehr,
144 • Europäische Armee,
145 • Atomare Abrüstung.

146 Das Solidaritätsprojekt soll zur nächsten Landeskonzferenz einen Bericht der aktuellen Diskussion vorlegen
147 und einen Grundsatzantrag zur Debatte und zum Beschluss auf einer Landeskonzferenz vorlegen.